



Dipl. Kfm. Norbert Rehm
Gründer und Sprecher der Bürgerbewegung
Bischof-Fischer-Str. 94 – 73430 Aalen
Tel. 07361-64033 – Fax 64035 – rehm-consult@t-online.de

Haushaltsrede

Norbert Rehm, AKTIVE BÜRGER
24.11.2022 zum Haushalt 2023 der Stadt Aalen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren.

Den kommunalpolitischen Ablauf schaue ich mir interessiert schon ein paar Jahrzehnte an. Nun mit dem 4. Oberbürgermeister.

Vorsichtshalber gebe ich meine Rede und alle Anträge zu Protokoll. Man weiß ja nie, ob man hier zu Ende kommt....

In diesem Jahr entdecke ich in den Reden von OB und Kämmerin aber einige Neuigkeiten. Ob das alles gut ist, muss sich noch zeigen.

Die Haushaltsreden der Verwaltung dauerten 61 Minuten. Das Interessanteste an der Rede des OBs war das, was er in seinen 37 Minuten nicht gesagt hat:

Nicht enthalten war:

Das Leuchtturmprojekt Thermalbad ist wieder nicht vorgekommen.

Dort am Beckenrad wird von der mittlerweile sehr überschaubaren Anzahl von Badegästen laut darüber spekuliert, warum Stadt und Stadtwerke das Thermalbad so **absaufen** lassen.

Die treueste und größte Kundengruppe – die Mitglieder der Rheumaliga – haben sie durch Sturheit stark verärgert. Gefragt wird auch, wann das Thermalbad fit geschrumpft ist, für einen Verkauf für lau.

**Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**

Wenn Sie in die Richtung gehen wollen, sage ich Ihnen mit dem Alten Testament und dem Propheten Hosea, Kapitel 8, Vers 7: " Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Antrag 1

befasst sich mit dem Konzept für das Thermalbad – was denkt man sich so in den geheimen Zirkeln?

Vergessen Sie nicht, dass Sie Treuhänder der Bürgergesellschaft sind – und dass es eine Gemeindeordnung, Gesetz und Satzung gibt. Hier muss zwingend informiert werden –

gefordert ist ein „Zukunftsplan Therme“.

Beim Mountainbiking setzen Sie viele Schwerpunkte, die im Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen waren – beim Thermalbad setzen Sie Vorschläge der Verwaltung, die vom Gemeinderat einstimmig beschlossen wurden – einfach nicht um. Dies geht nicht.

Da gibt es gerade interessante Auseinandersetzungen, die in Richtung Verwaltungsgericht gehen.

Der Grundsatz lautet: Der Gemeinderat fasst die Beschlüsse und der OB setzt diese um. Punkt. Und wenn etwas nicht ordnungsgemäß ist, muss die Verwaltung neue Beschlüsse herbeiführen.

Ich erinnere an die Bäderkonzeption mit den Beschlüssen vom 14.12.2016. Demnach sollen 10 Mio. netto in die Limestherme und die Gastronomie investiert werden. Fertigstellung war Ende 2021 geplant.

| | Planung | Umsetzung | Budget (netto / brutto) |
|----------------------------|----------------|------------------|--------------------------------|
| Freibad Spiesel | läuft bereits | 2018/2019 | 4 Mio. / 4,76 Mio. Euro |
| Limesthermen | 2018 | 2019-2021 | 10 Mio. / 11,9 Mio. Euro |
| Kombibad Hirschbach | bis 2019 | 2020-2023 | 35 Mio. / 41,65 Mio. Euro |

| | | | |
|---------------|--|--|--------------------------------------|
| gesamt | | | 49 Mio. / 58,31 Mio. Euro |
|---------------|--|--|--------------------------------------|

Bisher haben Sie hauptsächlich den beschlossenen Planungsausschusses wieder auflösen lassen.

Die neue Tarifstruktur versteht niemand, Gesamtkosten, Energiefragen, Folgekosten, Eintrittspreise – all das scheint eine interne und geheime Kommandosache zu sein.

Die Gaststätte ist nach wie vor geschlossen und fühlt sich dort als Fremdkörper an – oder als Symbol für das, was kommt. Die Therme hat nach außen keine Strahlkraft mehr.

Das geht so nicht.

Mit dem Antrag 2:

wird verlangt, die notwendigen Mittel zur Umsetzung der schon gefassten Beschlüsse Sanierung Thermalbad und Eröffnung der Gaststätte in den Haushalt 2023 und die mittelfristige Finanzplanung – einzusetzen.

Antrag 3 – da geht es um die Aktualisierung der gesamten Bäderkonzeption:

Bei diesen unglaublichen Summen und den energieintensiven Objekten muss man mit Idee und Konzeption planmäßig vorgehen.

Vergessen Sie nicht: der Gemeinderat bestimmt und entscheidet in öffentlichen Sitzungen. Es geht nicht, dass sie dann alles im geheim tagenden Aufsichtsrat machen lassen.

Nicht vergessen dürfen Sie auch: Die Stadt oder die Stadtwerke – bei Ihnen ist das alles Personenidentität – sind treuhänderisch für die Thermalbadgesellschaft tätig. Diejenigen, die das Bad mit bezahlt haben - die finden bei Ihnen überhaupt nicht statt.

Gefehlt haben auch Informationen zu den städtischen Beteiligungen und den Tätigkeiten des OBs und der Aufsichtsräte in Stiftungen usw.

- Bei den Stadtwerken hier - wird in geheimer Runde strategisch und investiv mehr bewegt als im gesamten Gemeinderat – konzentrieren Sie alle wichtigen Entscheidungen in geheimer Runde. Es handelt sich meist um zentrale öffentliche Aufgaben, die in öffentlicher Sitzung zu beraten sind.
- Während selbst Pfeifle zum Ende seiner Amtszeit meinen Antrag aufgenommen hat und Sitzungen der Beteiligungsgesellschaften und Aufsichtsräte zumindest teilweise öffentlich gemacht hat – ist bei Ihnen da nichts zu merken. Transparenz ergibt sich durch Handeln.

Antrag 4: Keine vorzeitige Auszahlung Finanzierungsanteile Kombibad.

Dies ist für meine Begriffe rechtswidrig, auch ein Verstoß gegen das Beihilferecht, ein Verstoß gegen Beschlüsse des Gemeinderats und ein Verstoß gegen die Haushaltsgrundsätze.

Ich beantrage, den Haushaltsplan entsprechend der bisherigen Beschlusslage aufzustellen und den Entwurf zu berichtigen. Dem Gemeinderat ist die entsprechende Gesprächsnotiz mit dem RP vorzulegen.

Sollten Sie den Antrag ablehnen werde ich zur Klärung selbst das RP und die Gemeindeprüfungsanstalt einschalten.

Zum geförderten Wohnungsbau habe ich im letzten Jahr viele Anträge gestellt und ein Konzept zum Beschluss vorgelegt. Das haben Sie nicht beraten und nicht abstimmen lassen. Es wurde dann ein anderes Konzept vorgelegt, das nach meiner Auffassung in vielfältigster Weise gegen Gesetz und Satzung verstößt. Meine Anträge wurden in der Gemeinderatssitzung erneut nicht abgestimmt.

Ich bin nicht mehr bereit, eine solche Missachtung einfach nur zu akzeptieren.

Ich habe deshalb des RP und die Gemeindeprüfungsanstalt eingeschaltet. Meine sachlichen Vorschläge, für die es zudem noch höhere Landeszuschüsse gibt – lassen Sie nicht mal beraten und abstimmen. **Da brauche ich auch keine Anträge mehr zu stellen und muss andere Lösungswege suchen.**

Zunächst haben Sie gar noch behauptet meine Aussagen seien falsch – dabei traf dies auf Ihre Aussage zu.

Tatsachen sind:

-in manchen Jahren hat die Wohnungsbau **mehr Zuschüsse erhalten** als Gesamtkosten für neue Sozialwohnungen ausgegeben wurden = unzulässig.

Bei der Sozialquote haben Sie jetzt auf 35 % erhöht – obwohl sie 100 % machen müssten.

- für die städtische Baugesellschaft wurde ein sog. Erfolgsrezept beschlossen: 50 (%Verkauf):25 (%Sozialwohnung):25 (% frei finanzierte Mietwohnung). Der geförderte Wohnbau wurde jetzt auf 35 % erhöht. Dies bedeutet 50:35:25 oder 110 %. Das ist eine Sollübererfüllung wie in der DDR oder bei der Neuen Heimat selig. Jetzt hört man, dass die 10 % Übererfüllung bei den freien **Mietwohnungen abgezogen wird**. Die städt. Baugesellschaft baut also dann noch 15 % freie Mietwohnungen. Für mich ein Skandal. Auch wird permanent gegen den Gesellschaftsvertrag verstoßen.

Sie beschreiben eine **gute Haushaltslage** - Tatsache ist aber, dass die Verschuldung extrem ansteigt – von ca. 26 Mio. auf 107 Mio. € bis 2026. Für dieses Horrorszenario brauchen wir eine Lösung.

Vielleicht nehmen Sie sich an der FDP ein Beispiel und nennen die Schulden künftig Sondervermögen.

- die starke Verschuldung bei steigenden Zinsen führt in die falsche Richtung,

- die starke Verzögerung beim Bauplatzverkauf im Tannenwäldle hat bisher dazu geführt, dass das EFH für die Durchschnittsfamilie um ca. 300.000

Euro teurer geworden ist. Bis Sie dort mal Plätze verkaufen braucht die **Durchschnittsfamilie keinen Bauplatz mehr, sondern eine Sozialwohnung.**

Dank der Fehlentwicklung bei der Wohnungsbau fehlt die natürlich auch. Mehrfach gefördert hat man dafür die gewerblichen Investoren am Eingang des Gebiets. Vom Ausland aus lachen sich die noch immer einen Ast.

Sie beschreiben ja das künftige Bevölkerungswachstum. Danach würden in den nächsten Jahren 1500 Wohnungen fehlen. Und die Bautätigkeit geht zurück.....

-Letztendlich würde man von Ihnen gerne eine Langfriststrategie für die hohe Investitionstätigkeit im kommunalen Bereich erfahren - und wie die Bezahlung funktionieren soll.

In der Haushaltsrede der **Kämmerin** werde ich dann aber noch lächerlich gemacht – **das nehme ich als direkten Angriff auf mich zur Kenntnis:** Es wird die Einhaltung der Haushaltsgrundsätze vom Gemeinderat gefordert. Dann steht auf S. 7 u. a. wörtlich:

- Die Investitionen sind in der mittelfristigen Finanzplanung so **nicht umsetzbar...**
- Es handele sich quasi um die Nichtbeachtung des gesetzlichen Haushaltsgrundsatzes der Reihenfolge der Einnahmebeschaffung. Dann wird die **-fehlende- Gewinnabführung aufgezählt.**
- Kurze Zeit später reklamiere ich, dass bei der Abführung des Gewinns der Wohnungsbau und der Stadtwerke seit 7 Jahren exakt das Gegenteil gemacht wird – dann verteidigen OB und Kämmerin dieses Vorgehen.

Gut – aber nach 55 Jahren Aalener Kommunalpolitik und Jahrzehnte im Gemeinderat muss ich Ihnen sagen: vergackeiern kann ich mich selbst – dazu brauche ich die Stadtverwaltung nicht.

Jetzt hören wir mal, was die Gemeindeprüfungsanstalt und das RP dazu
**Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**

sagen – ich habe dazu Anträge gestellt. Wenn die Frau Präsidentin Bay alles ebenso ignoriert wie ihr Vorgänger – dann kann das Verwaltungsgericht diese Geschichte klären.

Zieht man aus den Äußerungen der **Stadtkämmerin (Seite 7 der Rede)** die richtigen Schlüsse ist der Haushalt **gar nicht genehmigungsfähig** und muss deshalb abgelehnt werden – hierbei haben Sie meine Unterstützung.

- was wir dringend machen müssen, ist die Beachtung der Folgekosten. Ich erinnere an **meinen Antrag**, bei Investitionen immer die Lebenszykluskosten zu vergleichen.

Gefehlt haben auch die großen strategischen Fragen – **Regionalplan, Oberzentrum usw.** Das war schon vor Jahrzehnten ein großes Versäumnis von Pfeifle.

Wenn wir die Frage Oberzentrum für Aalen geklärt hätten – dann wären die Standortfragen für ein Regionalkrankenhaus schnell beantwortet. Darüber wurde aber bei der großen Einladung der Stadt nicht gesprochen und bei dem großen Interview anlässlich des Geburtstags wurde auch das nicht als Versäumnis eingeräumt.

Sie erzählen im Ausschuss nebenbei, dass Sie sich mit 3 anderen Oberbürgermeistern auf ein Oberzentrum mit 4 Städten geeinigt haben. Sie werten es als Erfolg, dass nicht auch noch Giengen und somit 5 Städte ein Oberzentrum bilden sollen.

Die Regional- und Landesplanung hat das System der zentralen Orte geschaffen: Kleinzentrum, Unterzentrum, Mittelzentrum, Oberzentrum.

Ein Sammelsurium von Städten – als ein Oberzentrum - widerspricht dem System der zentralen Orte. Zudem ist der Vorschlag identisch mit den bisherigen Mittelzentren mit oberzentralem Anspruch – die sollen jetzt halt Oberzentrum heißen. Es handelt sich also eher um Etikettenschwindel.

Antrag 5 verlangt ein regionalpolitisches Konzept und eine Strategie in der Frage Oberzentrum.

Dem Wesen einer Demokratie entspricht es nicht, dass der OB nebenbei mal informiert, was er für die Stadt mit anderen OBs ohne Beteiligung des

Gemeinderats vereinbart hat.

Ein großes Thema mit Verfassungsrang ist die Frage der **Ortschaftsverfassung**. Während ihr Vorgänger Überlegungen angestellt hat, die Ortschaftsverfassung aufzuheben haben Sie im Wahlkampf das eher befriedete Thema mit Unterrombach-Hofherrnweiler auf den Tisch gebracht.

Danach war die Richtung klar und alle mussten auch aus Gerechtigkeitsgründen dem zustimmen.

Allerdings gelten alle Gründe natürlich auch – und noch viel mehr – für den Stadtbezirk Aalen.

- HH Plan und Investition und Belange der Bürger – werden in allen Ortschaftsräten diskutiert – oft sehr heiß.
- selbst in der Weststadt gibt es eine Vorberatung mit Kirchen und Vereinen, Verbänden und den Stadträten von dort.
- **in Aalen selbst gibt es - nichts.**

Dazu kommt: Seit Zusammenschluss der neuen Stadt ist das Abstimmungsverhalten schon aus taktischen Gründen klar: Wenn eine Ortschaft was haben will, geht das in der Regel durch – da stehen alle Ortschaften zusammen. So gibt es auch das Treffen der Ortsvorsteher, auch mit dem Oberbürgermeister.

In allen relevanten Punkten fällt die Kernstadt hinten runter.

Antrag: 6 verlangt das Beteiligungsverfahren für einen Ortschaftsrat Aalen.

Deswegen habe ich auch einen Ortschaftsrat für die Kernstadt beantragt und wiederhole den Antrag – verlange aber eine gesetzesmäßige Abhandlung mit Vorlage, Vorberatung und Beschlussfassung. Nur so kann ich nachher auch an das RP und das Verwaltungsgericht.

Nun hat sich aber in der letzten GR-Sitzung eine Kollegin mir unverhofft, aber vehement entgegengesetzt und mit § 67 der Gemeindeordnung ge-

**Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**

wedelt und erklärt, dass dies alles nicht geht und ich mich aufführe wie Robin Hood.

Nun – als Robin Hood bezeichnet zu werden ist für mich keine Beleidigung, sondern eine Ehrerbietung.

Und so fühle ich wie Boris Palmer gestern in der Stuttgarter Zeitung zitiert wird: **Ich bin keine Zumutung für das Gremium sondern eine Bereicherung.**

Ich finde es sehr respektabel, dass jemand spontan und mit Argumenten mir entgegentritt. Das hat Stil - im Gegensatz zu vielen anderen Beiträgen.

Deshalb und aus Respekt widme ich meine wertvolle Redezeit der Kollegin:

Im Rahmen der Gemeindereform wurde eine kleine Gemeinde durch Eingemeindung von 6 noch kleineren Gemeinden zu einer etwas größeren Gemeinde mit beinahe 5000 Einwohnern.

Aus Gründen der Demokratie und Transparenz und Interessenvertretung wurden in der Gemeinde mit 6 Teilorten – man höre und staune - 7 Ortschaftsräte gebildet – als auch in der aufnehmenden Gemeinde. Das ist in Aalen auch so – nur hat Aalen angeblich bald 70.000 EW.

Diese Gemeinde liegt im Ostalbkreis, der Bürgermeister heißt Joas und ist von den Grünen.

Die Gemeinde heißt Unterschneidheim und die Kommunalaufsicht liegt beim Landratsamt Ostalb.

Die formalen Voraussetzungen sind – wie in Aalen – erfüllt.

Nun – der Stadtbezirk Aalen ist räumlich abgegrenzt – dies ergibt sich schon im Umkehrschluss und aus der Logik: alle Ortsteile haben laut Beschluss einen Ortschaftsrat. Deshalb müssen die Ortschaften abgegrenzt von anderen Ortschaften sein. Somit ist Aalen natürlich auch abgegrenzt.

Und warum besteht die **sachliche** Notwendigkeit:

Nur 2 Beispiele.

- FNP: Aalen hat ca. 40 % der Einwohner der Stadt und bekommt vielleicht 2 % der realisierbaren Potenzialflächen zur weiteren Entwicklung. Wobei im Kernbereich die Schwierigkeiten der Realisierung noch größer sind als im ländlichen Bereich.
- Gewerbeflächen gibt's im Prinzip keine.
- Die Bürger im Kernbereich haben also weniger Möglichkeiten, sich auf städtischen Flächen ein Haus zu bauen. Bewerben sich „Kernstadtbewohner“ aber in den anderen Ortsteilen um einen Bauplatz sind sie nochmals benachteiligt, weil die „Ortsbewohner“ Zusatzpunkte bei der Bauplatzvergabe bekommen.

Alle Verfassungsgrundsätze zur Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit sind verletzt

Oder um es ganz primitiv auszudrücken: wenn ein Wohnbezirk mit gut 2100 Einwohnern eine eigene bürgerschaftliche Vertretung wegen der vielfältigen Probleme braucht – dann braucht es auch der Zentralort mit 28.000 Einwohnern. Auch dort haben Bürger Interessen, die beachtet werden müssen.

Frau Venus – meine Empfehlung: Prüfen Sie meine Aussage beim Landratsamt nach – neben den Stabsstellen beim Landrat ist dort auch die Kommunalaufsicht mit engagierten und kompetenten Fachleuten besetzt. Für Ihre Masterarbeit wünsche ich viel Erfolg.

Pragmatische und schnelle Lösungsansätze brauchen wir immer – auch beim Umbau der Stadt zum **Mountainbike-Mekka**.

Hier gibt es in Aalen große Fortschritte, obwohl einige Maßnahmen nie in einer Prioritätenliste diskutiert waren oder in einer mittelfristigen Finanzplanung standen. 2 Mountainbike Manager sind vor ihrer Zeit undenkbar gewesen.

Der Gemeinderat hat die Einstellung von 2 Mountainbike Managern -wie die Bevölkerung - aus der Zeitung erfahren. Aus der Zeitung erfährt man auch von Geschenken, die von der Stadt nachher unterhalten werden müssen.

Jetzt wird Mountainbiking diskutiert – sehr kontrovers und noch leise. Die Szene ist offensichtlich sehr breit aufgestellt und Sie und die Manager be-spielen offensichtlich nur ein sehr schmales Feld. Bei manchen Akteuren ist der geschäftliche Hintergrund nicht zu übersehen.

Mit dem tatsächlichen Imagegewinn eines Weltcups kann man natürlich wuchern – aber Viele fragen sich, warum man in der Fußgängerzone von Aalen eine Sondernutzungserlaubnis fürs Wochenende in Paris beantragen muss und ob dies überhaupt zulässig ist. Und viele fragen sich, wer hier was für wen bezahlt.

Antrag 7: befasst sich mit der Bikerszene und beantragt eine transparente Darstellung. Verlangt wird, dass die Ersatzstrecke Tannenwäldle schon in 2023 gebaut wird.

1. Die gesamte Breite der „Mountainbiker“ Szene und deren Wünsche und Interessen“ in Aalen sind aufzuzeigen.
2. Die gesamten wirtschaftlichen Verflechtungen der Mountainbike-Manager mit und um den geplanten Weltcup sind transparent darzu-legen.
3. Den schon immer in Aalen vorhandenen Bikern aus dem Tannenwal-de wurde ein Ersatz für die dortige Anlage versprochen. Im Haushalt stand auch ein Betrag von 60.000 €. Jetzt wird dieses Projekt wieder auf 2024 verschoben. Ich beantrage diesen Betrag im Jahr 2023 an-zusetzen.

Antrag 8 verlangt ein neues Sportförder- und Marketingkonzept.

Für das positive Image der Stadt brauchen wir **Highlights**. Und wir müssen schauen, dass wir für die Bevölkerung eine win-win-Situation generieren.

Ich denke an sportliche Highlights – die ich persönlich oder als Gemein-de-rat oder nur als Bürger in Aalen erlebt oder begleitet habe:

- KSV – Ringen: zig-mal Deutscher Meister. Legendär. Die Fans muss-te man mit Sonderzügen nach Stuttgart fahren – weil wir keine Hal-lenkapazität hatten.
 - Eislaufen. Aalen als Leuchtturm zwischen Adelberg und Nürnberg. Und für die Aalener Bürger mehr als ein Sport oder Freizeitvergnü-
- Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**

- gen. Es gehörte sich einfach, dass man im Greut war. Ein Muss.
- Fußball. Der Profifußball in Aalen war ein Aushängeschild für die Stadt- in ganz Deutschland.

Da sei jetzt verantwortlich wer will – wir haben dies alles absaufen lassen. Da gab es keinen Manager für Ringen auf dem Rathaus – oder fürs Eislaufen. Da hat man eine neue Technik eingebaut und mit 0- Betriebsstunden abgerissen. Auch nicht für den Fußball. Vom Thermalbad reden wir nicht mehr.

Jetzt investieren wir in einen Steg und es fehlen durch Lug und Trug 6 Mio. Landeszuschuss, wir stellen gleich mal 2 Mountainbike Manager ein und die Organisation des Weltcups erfolgt von Paris aus und keiner kennt die Zusammenhänge.

Wohlgemerkt: der Unterschied von heute zu früher ist: früher haben das in der Hauptsache private Mäzene bezahlt – und die Stadt hat unterstützt und begleitet.

Wenn Weltcup Mountainbiking jetzt aus der Stadtkasse mitfinanziert wird, brauchen wir ein beschlossenes und breit akzeptiertes Konzept – langfristig und nachhaltig.

Und noch was: bestehende Strukturen am Leben zu erhalten – also einen bestehenden Kunden zu halten – ist effektiver und günstiger und nachhaltiger als jedes Jahr einen neuen Kunden zu gewinnen.

Wir sollten mal wieder über ein Sportkonzept und über Sponsoring und Marketing und Werbewert sprechen.

Es muss auch eine Akzeptanz in der Bevölkerung dafür geben, für was die Stadt, die Stadtwerke und die Wohnungsbau Geld ausgeben.

Ich beantrage die Einholung eines Rechtsgutachtens und einer Begutachtung durch die Gemeindeprüfungsanstalt zur Frage, ob der pauschale Verzicht auf Abführung des Gewinns an die Stadtkasse den Grundsätzen der ordnungsmäßigen Haushaltsführung entspricht. Hier wird die Haushaltshoheit des Gemeinderats untergraben, die Kontrolle ist nicht mehr gewährleis-

tet.

Ja – ich habe viele wichtigen Punkte nicht angesprochen. Das ist der Kürze der Redezeit geschuldet – die die großen Fraktionen mir ja noch weiter kürzen wollten.

Sie erwarten vom Gemeinderat oder verlangen es im Prinzip: eine Priorisierung, Einsparung, Konsolidierung. Alles richtig.

Ich nenne das immer:

Kommunalpolitik mit dem ganz normalen Menschenverstand.

Für viele Bürger ist am Ende des Geldes noch ein Stück Monat da – und für andere ist das Ende der Fahnenstange schon erreicht.

Den enormen Steigerungen bei **Miete** und **Nebenkosten** – müssen wir versuchen entgegenzuwirken.

Dank gebührt jedenfalls den Bürgern der Stadt und den Unternehmungen dafür, dass wir trotz der Schwierigkeiten immer wieder Licht am Ende des Tunnels sehen- und wir teilweise gar höhere Steuereinnahmen haben.

Hierfür herzlichen Dank - auch allen Mitarbeitern der Stadt, die die Dienstleistung für die Bürger zur großen Zufriedenheit erbringen.

Stand heute ist der Haushaltsplan und die mittelfristige Finanzplanung wegen einer viel zu hohen Verschuldung nicht genehmigungsfähig.

Beim aktuellen Neuanfang ist es nach außen hin gesehen geschmeidig gelaufen, inhaltlich sieht es etwas schwieriger aus. Es muss noch schwer nachjustiert werden, freundliche Gespräche ersetzen keine handfesten Fakten und Informationen.

Transparenz ist mehr als Ankündigungen. Man muss auch Acht geben, dass die alten Seilschaften nicht weiter herrschen und dass keine neuen



Seilschaften sich bilden. Zurückbleiben würden die einfachen Leute, die den ganzen Spaß bezahlen.

Wollen wir hoffen, dass es mit diesem Neuanfang etwas besser weitergeht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Norbert Rehm

.....

ANLAGE - ANTRÄGE

Vorbemerkung:

**Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**

Meine Anträge der letzten 2 Jahre wurden entweder nicht beachtet oder es wurde Bearbeitung zugesagt, aber nicht eingehalten. Im Prinzip aber wurden meine Anträge weder beachtet, beraten oder ernsthaft zur Kenntnis genommen.

Da die Aalener Stadtverwaltung in früheren Verfahren schon argumentiert hat nicht gewusst zu haben, dass es sich um einen Antrag handelt, stelle ich fest: bei allen meinen Anträgen handelt es sich tatsächlich um Anträge. Ich verlange eine Behandlung und Abstimmung im Gemeinderat.

Noch nicht erledigte bzw. behandelte, abgestimmte Anträge, alle werden neu gestellt!

Rahmen der Haushaltsberatung für 2023 stelle ich folgende Anträge:

Antrag 1 – Zukunftskonzept Thermalbad.

Im Bäderkonzept (Studer) wurde davon ausgegangen, dass das Thermalbad in das Umfeld der umliegenden Thermen hinsichtlich Angebots und Preis einzubinden ist.

Die Stadtwerke haben für das Thermalbad ein neues Zeit- und Preiskonzept beschlossen. Dem Gemeinderat und den Treuhandgesellschaftern als Eigentümern des Thermalbades ist diese Marketingstrategie im ersten Halbjahr zu erklären: Bürger, Gäste, Gemeinderat, Gesellschafter – alle wollen und müssen wissen, was geht.

Antrag 2 – Finanzierung Thermalbad.

In den Haushalt 2023 und die mittelfristige Finanzplanung sind die notwendigen Mittel zur Umsetzung des schon gefassten Beschlusses – Sanierung Thermalbad – einzusetzen. Auch die Eröffnung der Gaststätte gehört dazu.

0117/006-2 Bäderkonzeption für Aalen – Beschlüsse vom 14.12.2016

hier: Grundsatzbeschluss für das geplante Investitionsvolumen

Federführend: Pers. Referat des Oberbürgermeisters

| | Planung | Umsetzung | Budget (netto / brutto) |
|----------------------------|----------------|------------------|----------------------------------|
| Freibad Spiesel | läuft bereits | 2018/2019 | 4 Mio. / 4,76 Mio. Euro |
| Limes-Thermen | 2018 | 2019-2021 | 10 Mio. / 11,9 Mio. Euro |
| Kombibad Hirschbach | bis 2019 | 2020-2023 | 35 Mio. / 41,65 Mio. Euro |
| gesamt | | | 49 Mio. / 58,31 Mio. Euro |

Unter TOP 6 wurde dann die Neubildung eines Planungsausschusses beschlossen. Den haben Sie mittlerweile wieder auflösen lassen.

Also: Beschlüsse des Gemeinderats muss der OB umsetzen.

Antrag 3: Aktualisierung der gesamten Bäderkonzeption:

Die gesamte Bäderkonzeption muss in diesem Jahr vom Gemeinderat beraten und aktualisiert werden. Waren ursprünglich 50 Mio. für das gesamte Bäderkonzept beschlossen, kostet das Kombibad schon allein 40 % mehr als für das Gesamtkonzept vorgesehen.

Antrag 4: Vorzeitige Auszahlung Finanzierungsraten Kombibad.

Ich beantrage, den Haushaltsplan entsprechend der bisherigen Beschlusslage aufzustellen und den Entwurf zu berichtigen. Dem Gemeinderat ist die behauptete Absprache mit dem RP als Gesprächsnotiz vorzulegen. Zudem muss 2023 dem Gemeinderat endlich eine Modellrechnung für die

künftigen Eintrittspreise vorgelegt werden. Man kann nicht jahrelang ins Blaue hinein bauen – ohne einen Blick auf die Nutzer zu werfen.

Ab sofort muss auch bei allen Beschlüssen eine Folgekostenbetrachtung enthalten sein. Dies ist Vorschrift.

Sie wollen die Finanzierungsraten Kombibad vorzeitig an die Stadtwerke auszahlen. Dies **widerspricht** allen Haushaltsgrundsätzen und ist für meine Begriffe rechtswidrig.

Nach meiner Auffassung wäre dies auch ein Verstoß gegen das Beihilferecht, ein Verstoß gegen Beschlüsse des Gemeinderats und ein Verstoß gegen die Haushaltsgrundsätze.

Das Rechtsamt soll eine kurze Stellungnahme zur Frage „Verstoß gegen Beihilferecht“ vorlegen, die Beteiligungsverwaltung zur Frage „Verstoß gegen Haushaltsrecht“.

Antrag 5 - regionalpolitisches Konzept:

Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat den gesamten Regionalplan mit Erläuterungen vor und informiert über die bisher von der Verwaltung ohne Beteiligung des Gemeinderats unternommenen Aktivitäten mit dem Ziel, nach fundierten Informationen und Beratungen dem Oberbürgermeister für die anstehenden Verhandlungen eine Leitlinie des Gemeinderats an die Hand zu geben.

Dem Wesen einer Demokratie entspricht es nicht, dass der OB nebenbei mal informiert, was er für die Stadt mit anderen OBs ohne Beteiligung des Gemeinderats für die Zukunft vereinbart hat.

Antrag 6 – Ortschaftsrat Aalen

Für den Wohnbezirk Aalen – wird analog zu Unterrombach-Hofherrnweiler ein Beteiligungsprozess zur Einführung eines Ortschaftsrates gestartet.

Es soll untersucht, diskutiert und entschieden werden, ob es evtl. verfassungsrechtlich notwendig ist, für den Wohnbezirk Aalen auch eine Ortschaftsrat -ohne Verwaltung – als Informations- und Beteiligungsmöglichkeit der Bürger einzurichten.

Der Antrag aus dem letzten Jahr wurde nicht sachgerecht behandelt und

wird deshalb wiederholt – verlange aber eine gesetzesmäßige Abhandlung mit Vorlage, Vorberatung und Beschlussfassung. Nur so kann ich nachher auch das RP und das Verwaltungsgericht einschalten.

Der Stadtbezirk Aalen ist räumlich abgegrenzt – dies ergibt sich schon im Umkehrschluss und aus der Logik: alle Ortsteile haben laut Beschluss einen Ortschaftsrat. Deshalb müssen die Ortschaften abgegrenzt von anderen Ortschaften sein. Somit ist Aalen natürlich auch abgegrenzt.

Und warum besteht die sachliche Notwendigkeit?

Nur 2 Beispiele.

- FNP Aalen hat ca. 40 % der Einwohner der Stadt und bekommt 2 % der Potenzialflächen zur weiteren Entwicklung. Wobei im Kernbereich die Schwierigkeiten der Realisierung noch größer sind als im ländlichen Bereich.
- Die Bürger im Kernbereich haben also weniger Möglichkeiten, sich auf städtischen Flächen ein Haus zu bauen. Bewerben sich „Kernstadtbewohner“ aber in den anderen Ortsteilen um einen Bauplatz sind sie nochmals benachteiligt, weil die „Ortsbewohner“ Zusatzpunkte bei der Bauplatzvergabe bekommen.

Alle Verfassungsgrundsätze zur Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit sind verletzt.

Antrag 7: Bikerszene und Weltcup

1. Die gesamte Breite der „Mountainbiker“ Szene und deren Wünsche und Interessen“ in Aalen sind aufzuzeigen.
2. Die gesamten wirtschaftlichen Verflechtungen der Mountainbike-Manager mit und um den geplanten Weltcup sind transparent darzulegen.
3. Den Bikern aus dem Tannenwalde wurde ein Ersatz für die dortige Anlage versprochen. In früheren Haushalten waren auch immer 60.000 € genehmigt. Jetzt wird die Realisierung wieder -auf 2024- verschoben. Ich beantrage diesen Betrag im Jahr 2023 anzusetzen.

Antrag 8 – Sportförderungskonzept

Die Sportstadt Aalen braucht ein Marketing- und Sportförderkonzept.

Für das positive Image der Stadt brauchen wir Highlights. Und wir müssen schauen, dass wir dafür die Bevölkerung eine win-win-Situation generieren.

Ich denke an sportliche Highlights – die ich persönlich oder als Gemeinderat oder nur als Bürger in Aalen erlebt oder begleitet habe:

- KSV – Ringen: zig-mal Deutscher Meister. Legendär. Die Fans musste man mit Sonderzügen nach Stuttgart fahren – weil wir keine Hallenkapazität hatten.
- Eislaufen. Aalen als Leuchtturm zwischen Adelberg und Nürnberg. Und für die Aalener Bürger mehr als ein Sport oder Freizeitvergnügen. Es gehörte sich einfach, dass man im Greut war. Ein Muss.
- Fußball. Der Profifußball in Aalen war ein Aushängeschild für die Stadt.

Da sei jetzt verantwortlich wer will – wir haben alles absaufen lassen. Da gab es keinen Manager für Ringen auf dem Rathaus – oder fürs Eislaufen. Da hat man eine neue Technik eingebaut und mit 0 Betriebsstunden abgerissen. Auch nicht für den Fußball. Vom Thermalbad reden wir nicht mehr.

Wir können nicht bei jedem neuen OB ein System wechseln je nach Vorlieben. Wir benötigen ein beschlossenes und von der Bevölkerung akzeptiertes Zukunftskonzept – langfristig und nachhaltig.

Antrag 9: Der Steg und die Haftungsfrage

Der frühere OB hat behauptet, der Steg würde mit 60 % Landeszuschuß gefördert. Die großen Fraktionen haben diese Behauptung als Argument für ihre Zustimmung genommen. Nun besteht die Gefahr, dass der Zuschuss nicht kommt – bzw. gar nicht beantragt war – es jedenfalls keine Zusage gibt.

Der tatsächliche Schaden – 60 % aus den Gesamtkosten des BVH-Steges – sind von der Stadt an die Versicherungen (D&O) zu melden.

Antrag 10 Bilanz „geförderte Wohnungen“:

Ab dem Jahr 2016 bis heute soll die Stadt Aalen eine Aufstellung vorlegen, wo und wie viele „Einfachwohnungen“ und geförderte Wohnungen abgerissen wurden und wie viele „Sozialwohnungen“ in Aalen aus der Förderung gefallen sind. Dagegen zu stellen sind die neu gebauten „geförderten“ Wohnungen.

Antrag 11 - Eislaufen:

Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat einen Sachstandsbericht zum Thema **Eislaufen** in Aalen (Eishalle und mobiles Eislaufen) vor. Unter Beachtung der Energieproblematik soll die Stadtverwaltung auch qualifizierte Aussagen zum Eislaufen auf Kunststoff vorlegen und Erfahrungsberichte aus Schw. Gmünd bewerten.

Antrag 12 Sportvereinszentrum:

Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat einen Bericht zum Anforderungsprofil eines **Sportvereinszentrums** vor und welche Erkenntnisse bisher vorliegen und welche Grundstücke mit welchem Ergebnis bisher untersucht wurden.

Antrag 13 – Kunststoffrecycling.

Die Stadt Aalen soll in Zusammenarbeit mit der GOA prüfen, ob bei uns vor Ort nicht ein dezentrales **Kunststoffrecycling** installiert werden kann. So könnte evtl. vor Ort aus problematischen Abfällen direkt wertvoller Rohstoff und mit Recyclingöl und -gas ein wertvolles Produkt werden...

Antrag 14 – „Kummerkasten:

Aus der Mitte des Gemeinderats wird eine Kommission zur Abschaffung unnötiger Vorschriften, Festlegungen und Maßnahmen gebildet – eine Art Kummerkasten. Es sollen Sparvorschläge gesammelt und geprüft werden nach dem Motto: Das kann weg, das kann effektiver erledigt werden usw.....